WISA
vorwärts für Sachsen-Anhalt

„In schwieriger Zeit mithelfen, dass uns #SPDerneuern gelingt“

So brachte sich Sachsen-Anhalt in den SPD-Bundesparteitag ein

Katja Pähle argumentiert beim SPD-Parteitag in Berlin gegen eine Kenia-Koalition im Bund

Wir stellen ein Prozent der Delegierten – so sieht das Kräfteverhältnis auf einem SPD-Bundesparteitag aus der Perspektive des Landesverbands Sachsen-Anhalt aus. Umso mehr ein Grund, sich aktiv einzumischen und dazu beizutragen, dass die ostdeutschen Landesverbände eine starke Stimme haben. Viel zu tun also beim Bundesparteitag in Berlin für unsere Delegierten Karamba Diaby, Falko Grube, Arne Lietz, Susi Möbbeck, Katja Pähle und Carlo Reifgerste sowie Katrin Budde als Mitglied des bisherigen Parteivorstands.

Regieren oder nicht?

In einem Punkt in der Debatte über eine mögliche Regierungsbeteiligung war sich die Delegation aus Sachsen-Anhalt einig: Die Mitglieder dürfen nicht erst am Schluss zu Wort kommen, wenn ein fertiger Koalitionsvertrag vorliegt, sondern die Basis muss schon über Sondierungsgespräche entscheiden. Entsprechende Anträge kamen nicht nur aus Sachsen-Anhalt, sondern auch aus dem Landesverband Berlin, fanden aber am Ende keine Mehrheit. Wirkungslos blieb diese Diskussion aber nicht: Die Delegierten beschlossen, dass ein weiterer Parteitag die Ergebnisse der Sondierungen bewerten und über die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen entscheiden wird – und nicht ein hinter verschlossenen Türen tagender Parteikonvent, wie es vom Parteivorstand beantragt worden war.

Anders sah es bei der Frage aus, ob eine neue große Koalition mit CDU und CSU von vornherein ausgeschlossen werden soll. Zu diesem Antrag, der von den Jusos am ersten Tag des Parteitages mit großem Engagement vorgebracht wurde, gab es in der sachsen-anhaltischen Delegation – wie überall in der SPD – unterschiedliche Auffassungen und damit am Ende auch ein geteiltes Abstimmungsverhalten.

Katja Pähle beteiligte sich an der Debatte, um von den ernüchternden Erfahrungen mit der Kenia-Koalition in Sachsen-Anhalt zu berichten: „Das ist nicht vergnügungssteuerpflichtig. Bei uns funktioniert es nur, weil die Partner aufeinander angewiesen sind.“ Für den Bund erteilte sie einem Bündnis mit Union und Grünen eine klare Absage.

GroKo oder nicht? Martin Schulz diskutiert mit Katja Pähle und Falko Grube

Antragsberatung zum Arbeitsprogramm

„Wir dürfen es CDU, CSU und neuerdings auch FDP nicht durchgehen lassen, dass sie auf dem Rücken von Flüchtlingen eine Politik mit der Angst machen“: Mit klaren Worten schaltete sich Susi Möbbeck in die Debatte über das Thema Migration und Integration ein und wandte sich besonders dem Thema Familiennachzug zu. Sie warnte vor völlig unbegründeten „Horrorzahlen“ und sagte: „Familiennachzug ist keine Belastung, sondern Motor für Integration!“

Susi Möbbeck hatte Sachsen-Anhalt vor und während des Parteitags in der Antragskommission vertreten, die alle Anträge vorstrukturierte und Empfehlungen formulierte. Die Kommission ging mit Anträgen aus den kleineren Landesverbänden sehr restriktiv um, aber immerhin: In den Punkten Familiennachzug und Obergrenze wurde aufgrund des sachsen-anhaltischen Antrags der Verhandlungsauftrag an die Parteiführung für die Gespräche mit CDU und CSU wesentlich deutlicher gefasst.

Wahl des Parteivorstands

Wie alle Bewerberinnen und Bewerber aus Ostdeutschland musste Katja Pähle um ihre Wahl in den Parteivorstand kämpfen. Im ersten Wahlgang kamen fast ausschließlich Kandidaturen aus den großen Landesverbänden zum Zuge. Erst während einer Unterbrechung des Parteitags setzte sich die Einsicht durch, dass für das Ziel #SPDerneuern auch alle Landesverbände im Parteivorstand vertreten sein müssen. Mit 378 Stimmen konnte Katja Pähle im zweiten Wahlgang dann ein gutes Ergebnis erreichen. „Ich will in schwieriger Zeit mithelfen, dass uns #SPDerneuern gelingt und wir gemeinsam Politik für ein soziales Deutschland machen“, sagte Katja Pähle in Dankesworten über Twitter.

Nach der Vorstandswahl dankte Martin Schulz den ausscheidenden Mitgliedern des Parteivorstandes. Die ersten Dankesworte richtete er an Katrin Budde: Martin Schulz erinnerte an ihre Rolle als Mitbegründerin der SDP in Sachsen-Anhalt, als Landes- und Fraktionsvorsitzende und im Parteivorstand und begrüßte sie als neue Abgeordnete des Deutschen Bundestages.

Marko Mühlstein wurde wieder in die Kontrollkommission gewählt. Der letzte Wahlgang war am Samstagmorgen die Wahl der Delegierten zum SPE-Parteitag. Auch unser Europaabgeordneter Arne Lietz wird die SPD beim europäischen Parteitag vertreten.

Faire Arbeit: Voraussetzung für wirtschaftliche Leistungskraft von morgen

Zu den wichtigsten Leitlinien für die Arbeit der SPD-Landtagsfraktion Sachsen-Anhalt im Jahr 2018 gehört das Positionspapier „Faire Arbeit für unser Land“, das bei einer Klausurtagung in Naumburg beschlossen wurde. In 15 Punkten beschreiben die Abgeordneten Handlungsfelder für die Landespolitik, um die Bedingungen für faire und qualifizierte Arbeit als strategische Voraussetzung für die künftige wirtschaftliche Leistungskraft Sachsen-Anhalts zu verbessern.

Faire Arbeit für unser Land

Der Einsatz für faire und qualifizierte Arbeit ist eine strategische Voraussetzung für die wirtschaftliche Leistungskraft unseres Landes und für die Sicherung des Fachkräftebedarfs von heute und morgen. Als Billiglohngebiet und verlängerte Werkbank haben Sachsen-Anhalt und die anderen ostdeutschen Länder dauerhaft keine Chance, im Wettbewerb mit anderen deutschen und europäischen Regionen zu bestehen.

Die SPD-Landtagsfraktion macht sich in dieser Legislaturperiode auf den verschiedensten Gestaltungsfeldern für faire Arbeit stark:

Investitionsförderung

Mit der neuen GRW-Richtlinie haben wir faire Arbeit bereits deutlich gestärkt. Wir setzen uns dafür ein, diese Entwicklung fortzusetzen. Wir wollen Wirtschaftsförderung zukünftig noch stärker an die Anwendung von Tarifverträgen, aber auch an Mitbestimmungskriterien wie zum Beispiel an das Vorhandensein eines Betriebsrates koppeln.

Tarifbindung

Der beste Weg zu fairer Arbeit sind Tarifverträge, die von den zuständigen Tarifvertragsparteien im Rahmen der Tarifautonomie verhandelt werden. Deshalb haben Beschäftigte, die sich für einen Tarifvertrag einsetzen, unsere Unterstützung und Solidarität verdient. Das erstmalige Zustandekommen von Flächentarifverträgen in Branchen wie zum Beispiel der wachsenden Callcenter-Branche muss politisch unterstützt werden. Die gesetzliche Möglichkeit einer Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen im Land soll weiterhin progressiv genutzt werden.

Mitbestimmung

Demokratie darf nicht am Werkstor enden. Deshalb finden Initiativen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zur Einleitung von Betriebsratswahlen unsere Unterstützung. Zugleich setzen wir uns für eine Stärkung der Rechte von Personalräten im Rahmen der Novellierung des Personalvertretungsgesetzes ein.

Öffentliche Auftragsvergabe

Mit der Vergabe von Aufträgen durch die öffentliche Hand ist eine hohe Vorbildfunktion für faire Arbeit im Land verbunden. Die verbindliche Einhaltung von Tarif- und Sozialstandards ist unser Ziel. Dem dient die Weiterentwicklung des Vergabegesetzes.

Andreas Steppuhn, stellvertretender Vorsitzender und arbeitsmarktpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion:

„Das Land hat eine wichtige Vorbildfunktion bei der Ausgestaltung fairer Arbeitsbedingungen. Deshalb wollen wir das Vergabegesetz im Sinne der Einhaltung von Tarif- und Sozialstandards weiterentwickeln. Gleichzeitig wollen wir alle Möglichkeiten nutzen, um Tarifverträge für allgemeinverbindlich zu erklären.“

Digitalisierung

Digitalisierung ist Fortschritt und Herausforderung zugleich. Wirtschaft 4.0 und Arbeit 4.0 bieten breit gestaltbare Zukunftschancen. Qualifikation und Weiterbildung werden wichtiger denn je. Wir setzen uns deshalb für mehr Mitbestimmungsrechte und Beteiligung bei der Digitalisierung der Arbeitswelt ein.

Gleichstellung verwirklichen

Wir setzen uns für die vollständige Gleichstellung von Männern und Frauen in der Arbeitswelt ein und unterstützen daher die Bestrebungen im Bund, das Transparenzgesetz zu einem Entgeltgleichheitsgesetz weiterzuentwickeln. Es ist ein Gebot der wirtschaftlichen Vernunft, die Lohnunterschiede von Männern und Frauen zu beenden; das wäre ein wichtiger Beitrag zur Bekämpfung des Fachkräftemangels. Wir setzen uns auf Landesebene für die zielgenaue Förderung von Existenzgründerinnen ein und wollen durch bessere Berufsorientierung mehr junge Mädchen und Frauen für die MINT-Berufe begeistern.

Fachkräftesicherung

Fachkräftesicherung beginnt mit attraktiven Ausbildungsplätzen. Unternehmen und Branchen haben eine hohe Eigenverantwortung für die Nachwuchsgewinnung und für gute Weiterbildungsmöglichkeiten. Schulen, Wissenschaft und Wirtschaft müssen bei der Fachkräftesicherung an einem Strang ziehen. Die Voraussetzungen für eine gute Berufswahl sollen bereits in der Schule geschaffen werden.

Ausbildung & Mobilität

Die Ausbildung junger Menschen erfordert ein hohes Maß an Flexibilität und Mobilität. Oft sind Ausbildungsorte, Ausbildungsstätten und Berufsschulen weit vom Wohnort und voneinander entfernt. Keine Ausbildung darf an der Finanzierung der Fahrtkosten scheitern. Deshalb setzen wir uns für die zeitgemäße Neugestaltung der Förderrichtlinie zur Bezuschussung von Fahrtkosten und auswärtiger Unterbringung einschließlich der Einführung eines Azubi-Tickets ein. Die Verteilung der Standorte von Fachklassen muss überprüft werden.

Öffentlicher Dienst & Landesgesellschaften

Wir setzen uns für faire Arbeit in allen Zuständigkeitsbereichen des Landes ein. Im Öffentlichen Dienst, in Landesgesellschaften und Unternehmen mit Beteiligung des Landes soll es zukünftig keine prekären Beschäftigungsverhältnisse und keine Leiharbeit mehr geben. Insbesondere wollen wir die sachgrundlose Befristung von Beschäftigungsverhältnissen abschaffen.

Hochschulen

Auch an den Hochschulen wollen wir prekäre Beschäftigung überwinden. Jenseits von wissenschaftlicher Qualifizierung und Drittmittelprojekten sollen Beschäftigungsverhältnisse an den Hochschulen grundsätzlich unbefristet sein. Dadurch wollen wir mit gutem Beispiel vorangehen.

Öffentlicher Personennahverkehr

Die Pflicht, den repräsentativen Tarifvertrag für den Öffentlichen Personennahverkehr anzuwenden, soll gesetzlich gestärkt werden. Bestehende Möglichkeiten zur Umgehung von Bestimmungen zur Tarifbindung bei der Vergabe sollen abgeschafft werden. Für den Fall eines Betreiberwechsels soll künftig die Übernahme des Personals verbindlich geregelt werden.

Sozialer Arbeitsmarkt

Langzeitarbeitslose Menschen brauchen Perspektiven. Daher setzen wir auf eine Verstetigung des sozialen Arbeitsmarktes mit fairer Bezahlung und dem Ziel der Schaffung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse. Mit dem neuen Landesprogramm „Stabilisierung durch Teilhabe am Arbeitsleben“ schaffen wir eine niedrigschwellige Einstiegsmöglichkeit in geförderte und begleitete Beschäftigung auch für solche Langzeitarbeitslose, die den Anforderungen eines regulären Arbeitsplatzes (noch) nicht gewachsen sind.

Zukunft der Pflege

Der Fachkräftebedarf in der Pflege wird immer größer. Gute Einkommen werden immer wichtiger. Gewerkschaften und Unternehmen bekunden ein zunehmendes Interesse an einem Pflegetarifvertrag, Initiativen der Sozialpartner werden nach Kräften von uns unterstützt. Ziel ist es, einen durch die Sozialpartner zu vereinbarenden Tarifvertrag für allgemeinverbindlich zu erklären.

Förderung von Projekten und Institutionen

Bei der finanziellen Förderung von Projekten und Institutionen wollen wir verstärkt dafür Sorge tragen, dass Tarifbindung gefördert wird. Dies bedeutet zugleich, dass es auch in künftigen Landeshaushalten allen Trägern und Institutionen möglich gemacht wird, Tarifsteigerungen umzusetzen.

Katja Pähle, Fraktionsvorsitzende:

„Fachkräftesicherung ist ein wesentlicher Schlüssel für die Konkurrenzfähigkeit unserer Unternehmen. Wirtschaft und Politik müssen deshalb alle Potentiale nutzen, um Arbeiten in Sachsen-Anhalt attraktiver zu machen. Dabei geht es nicht nur um gute, tarifliche Löhne, sondern auch um gute Qualifizierungsmöglichkeiten, um Teilhabe von Arbeitnehmern bei der Digitalisierung und um gleiche Chancen für Frauen. Und schon den Berufseinstieg müssen wir so gestalten, dass duale Ausbildung ein attraktives Angebot für junge Menschen ist und bleibt. Dazu gehört auch mehr Unterstützung für die Mobilität von Auszubildenden, unter anderem durch ein Azubi-Ticket.“

Menschen mit Handicap

Wir setzen uns für mehr Inklusion und Teilhabe ein. Weniger Arbeitslosigkeit bedeutet zugleich mehr Chancen für Menschen mit Handicap. Deren Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt wollen wir deutlich verbessern. Das Bundesteilhabegesetz bietet hierzu neue Möglichkeiten. Diese wollen wir gezielt nutzen. Wir setzen dabei auf einen offenen und konstruktiven Dialog mit Unternehmen, Werkstatträten und Betroffenen.

„Der **Schulterschluss mit den Gewerkschaften** ist für mich zentral“

Interview mit Mario Hennig

Bei der Landeskonferenz der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) Sachsen-Anhalt wurde am 18. November 2017 in Magdeburg ein neuer 17-köpfiger Landesvorstand gewählt (siehe Foto). An der Spitze gab es dabei einen Wechsel. Die Mitgliedervollversammlung folgte dem Vorschlag von Andreas Steppuhn, der aufgrund zahlreicher anderer Funktionen nicht mehr kandidierte, und wählte Mario Hennig mit großer Mehrheit zum neuen Vorsitzenden.

Hallo Mario, herzlichen Glückwunsch zur Wahl als neuer AfA-Vorsitzender! Was hast Du Dir für Deine Arbeit in dieser Funktion vorgenommen?

Danke für den Glückwunsch. Die AfA Sachsen-Anhalt ist ja schon seit Jahrzehnten bestens aufgestellt. Wir haben nicht nur einen sehr engagierten Landesvortand, wir haben auch sehr viele Unterstützer. Um soziale Themen aber auch gut zu vertreten, möchte ich die Strukturen bei den Gewerkschaften, aber auch die vorhandenen Kontakte in der Landtagsfraktion und den Ministerien nutzen. Die SPD hat ihren Ursprung aus der Arbeitnehmerschaft. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind zahlenmäßig größte Gruppe in der SPD. Hier haben wir die größte Kompetenz und die Wählerinnen und Wähler erwarten von uns, dass wir diese Rolle voll ausfüllen und uns für ihre Interessen stark machen. Gerade hier müssen wir die Unterschiede zu AfD und Linken deutlich herausstellen.

Welche Rolle spielen Arbeitnehmerthemen aus Deiner Sicht in den SPD-Gliederungen in Sachsen-Anhalt? Habt Ihr Ideen, wie Ortsvereine und Kreisverbände vor Ort stärker mit den DGB-Gewerkschaften zusammenarbeiten können?

Der Schulterschluss mit den Gewerkschaften ist für mich zentral. Dafür muss aber auch die SPD wieder verstärkt auf Gemeinsamkeiten mit den Gewerkschaften setzten. Wir haben einen gemeinsamen Ursprung. Hier ist in den letzten Jahren einiges verloren gegangen, was es wieder aufzuholen gilt. Ich selber bin Gewerkschaftssekretär und kann da sicher ein gutes Bindeglied sein. Die Zusammenarbeit vor Ort funktioniert in der Regel sehr gut. Um diese noch besser zu gestalten, sollten wir gemeinsam versuchen wieder mehr Gewerkschaftsmitglieder und Betriebsräte, auch für die SPD zu gewinnen.

Unabhängig davon, wie es in Berlin mit der Regierungsbildung weitergeht: Was sind aus Deiner Sicht die wichtigsten Ziele, für die sich die SPD im neuen Bundestag stark machen sollte?

Die SPD muss vor allem verloren gegangenes Vertrauen zurückgewinnen. Dies halte ich für wichtiger als eine Regierungsbeteiligung. Es gibt derzeit ein paar Kernprobleme, die gelöst werden müssen. Dazu gehört ganz vorn: eine gute und sichere Rente. Alle bisher vorgelegten Konzepte gehen mir dabei nicht weit genug. Eine zukünftige Rente darf nicht nur aus Abgaben über Löhne und Gehälter erzielt werden. Hier müssen alle Einkommensarten mit herangezogen werden. Die Bürgerversicherung ist ein weiterer Schwerpunkt.

Innere Sicherheit, insbesondere die gefühlte Sicherheit sind Themen, die die Menschen umtreiben. Dies darf aber in keiner Weise auf dem Rücken von Migrantinnen und Migranten ausgetragen werden. Die SPD sollte immer auch der „Anwalt“ dieser Menschen sein, die zum großen Teil auch aus der Arbeitnehmerschaft stammen. Dazu gehört für mich auch ein Recht auf Familiennachzug und ein Ende von Abschiebungen, die oftmals auch gut integrierte Menschen und Kinder, die hier geboren wurden, treffen und von reinem Aktionismus geprägt sind.

Impressum
ViSdP: Friederike Rösler
Redaktion: Martin Krems-Möbbeck
Gestaltung: Jörn Rößler
Beiträge an:
pressesprecher@spd-sachsen-anhalt.de
Anschrift:
SPD Sachsen-Anhalt
Redaktion WiSA/Vorwärts
Bürgelstraße 1, 391054 Magdeburg

ANZEIGE

Warm-up zum Landesparteitag

50 Genossinnen und Genossen ziehen an einem Strang

Der Landesparteitag am 12. und 13. Januar 2018 wirft immer deutlicher seine Schatten voraus. Zu sehen war dies unter anderem am Vormittag des 11. November 2017. An diesem Tag fand in Magdeburg der erste Leitantragsdialog der SPD Sachsen-Anhalt statt. Eingeladen hatten zu dieser Veranstaltung gleich vier Arbeitsgemeinschaften: die AG Selbst-Aktiv, die AG SPDqueer, die AfA und die Jusos.

Zur großen Freue aller Beteiligten nutzten bei der Premiere dieser Form der Parteitagsvorbereitung gleich 50 Genossinnen und Genossen die Chance zur Mitwirkung an der inhaltlichen Gestaltung der Anträge zum Parteitag. Ob aus Stendal, dem Salzlandkreis, Halle, den Harz oder anderen Ecken des Landes – aus den verschiedensten Regionen des Landes waren die Teilnehmenden nach Magdeburg angereist.

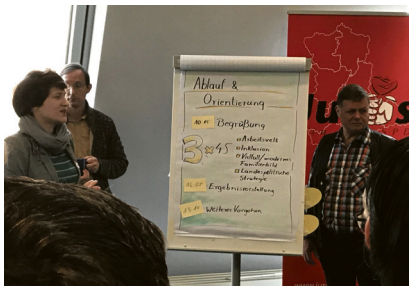
Gemeinsames Ziel war es dabei, die vier Antragsentwürfe zu diskutieren und weiterzuentwickeln. Erstellt wurden diese zu den Themen: Landespolitische Strategie, Inklusion, moderne Familienbilder sowie Arbeitswelt, wobei für die letzten drei immer eine Arbeitsgemeinschaft den Hut aufhatte. Den Entwurf zum ersten Thema steuerte ergänzend eine Arbeitsgruppe des SPD-Landesvorstands bei.

Was war nun so besonders an diesem Prozess, Anträge zu Parteitagen sind schließlich erst einmal nichts Neues? Neu ist so einiges dabei. So ist es erstmals gelungen, gleich vier verschiedene, komplexe Anträge aus der breiten Mitgliedschaft auf den Parteitag zu schicken, welche über mehrere Seiten nicht nur ein Thema, sondern den etwas größeren Rahmen behandeln. Wichtig ist dabei auch der Entstehungsprozess. Unter der jeweiligen Führung einer Arbeitsgemeinschaft wurde in enger Abstimmung mit anderen ein gemeinsamer Entwurf erarbeitet. So konnten die verschiedenen Themen, Blickwinkel und Beschlüsse über die Grenzen der Arbeitsgemeinschaften hinaus betrachtet werden. Bereits zur Planung der Themen und Ideen waren dabei alle Arbeitsgemeinschaften und Fachausschüsse zur Beteiligung aufgerufen. Es war also ein sehr offener Prozess.

Diese Grundhaltung wurde auch im zweiten Schritt beibehalten. Zum Leitantragsdialog waren alle, ob Mitglieder in einer Arbeitsgemeinschaft oder nicht, eingeladen und gefragt. So konnte jede und jeder mit SPD-Parteibuch die Inhalte für den Landesparteitag mitgestalten.
Auch wenn ein Termin natürlich nie allen Mitgliedern passen kann, kam mit den 50 Genossinnen und Genossen verglichen mit anderen Veranstaltungen eine wirklich beachtliche Zahl. Verteilt auf vier Thementische wurde in drei Runden diskutiert. Von der Struktur über konkrete Ergänzungen bis hin zu ganz großen Kontroversen und Themen war alles dabei. Vieles konnte auch direkt in die Leitanträge eingearbeitet werden, so manches nahmen die gastgebenden Arbeitsgemeinschaften auch als Thema für weitere Diskussionen mit.

Themen wie die Braunkohle bewegen die Genossinnen und Genossen im Land und bedürfen weiterer Diskussionen – diese wird es geben. Denn: die Expertisen und Positionen unserer Mitglieder sind zu wertvoll, um diese ungehört verklingen zu lassen.

Mit einem Fahrplan, was mit den Anregungen passieren wird, konnten sich die Anwesenden abschließend noch bei einer Kleinigkeit stärken und weiter ins Gespräch kommen. Wie gut die Veranstaltung mit ihrer Mitwirkungsmöglichkeit insgesamt angenommen wurde, zeigte sich auch anhand dessen, dass fast eine Stunde nach offiziellem Ende noch immer Genossinnen und Genossen beisammen standen und angeregte Gespräche führten.
Die besprochenen Änderungen wurden mittlerweile aufgearbeitet und die aktualisierten Leitanträge im Rahmen der Klausursitzung des SPD-Landesvorstandes am 1. Dezember 2017 beschlossen. Einer angeregten Beratung dieser insgesamt über 20 Seiten wichtiger Gedanken und Ideen für Sachsen-Anhalt auf dem Landesparteitag in Wernigerode steht somit nichts mehr entgegen.



Fachausschuss Innen und Kommunales wählt neuen Vorsitz

Am 24. Oktober 2017 wählte der SPD-Landesfachausschuss Innen und Kommunales einen neuen Vorsitzenden. Die langjährige Vorsitzende Silke Schindler entschied sich, nicht erneut zu kandidieren. Sie wird ihre Erfahrung zukünftig als stellvertretende Vorsitzende in die Arbeit einfließen zu lassen. Als ihr Nachfolger wurde der 32-jährige Roger Stöcker einstimmig gewählt. Der promovierte Politikwissenschaftler ist Stadtrat und Vorsitzender des SPD-Kreisverbandes Salzland.

Besondere Schwerpunkte legt der neue Vorsitzende auf drei Themen: Erstens soll das Thema Kommunalfinanzen und -entschuldung zukünftig eine noch stärkere Rolle spielen. Zweitens möchte er die Arbeitsbedingungen der Polizei im Bundesland stärker in den Fokus rücken. Und drittens möchte er sich stärker für die Förderung der ehrenamtlichen Arbeit zum Beispiel von Freiwilligen Feuerwehren oder des Katastrophenschutzes einsetzen. Neben diesen drei thematischen Ansätzen sollen in den kommenden zwei Jahren natürlich auch alle weiteren wichtigen Themen der Innen- und Kommunalpolitik ihren Platz im Ausschuss finden.

Das Überthema, welches die Partei in den kommenden zwei Jahren beschäftigen wird, wird aber die Kommunalwahl 2019 sein. Roger Stöcker sieht diese als „richtungsweisende Entscheidung über den Fortbestand unseres Status als Volkspartei in Sachsen-Anhalt". Wer sich für die Facharbeit im Bereich der Innen- oder Kommunalpolitik interessiert, kann sich gerne bei Roger unter post@rogerstoecker.de melden und in den Einladungsverteiler des Fachausschusses eingetragen werden.

Brockenwanderung der Jusos

Die Harzer Jusos haben sich am 22. November 2017 zu ihrer traditionellen Brockenwanderung getroffen, zu der sie auch zahlreiche Gäste aus ganz Sachsen-Anhalt begrüßten. Dabei wurde die vergangene Bundestagswahl ausgewertet. Der Juso-Kreisvorsitzende Karsten Barner dazu „Die vergangene Bundestagswahl brachte ein historisch schlechtes Ergebnis für die SPD. Besonders erschreckend ist dabei das Ergebnis der rechtspopulistischen AfD, die mit vermeintlichen Ängsten auf Stimmenjagt ging. Wer die Schwächsten der Schwachen gegeneinander ausspielt, riskiert unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt."
Damit wollen die Jusos sich auch zukünftig nicht abfinden. „Wir stehen als Stimme für die nachwachsenden Generationen. Alle jungen Leute sind bei uns herzlich willkommen, wenn sie sich aktiv für eine bessere und gerechtere Gesellschaft einsetzen möchten", so Juso-Chef Karsten Barner abschließend.

In **Wittenberg** wird Vielfalt gelebt

Eine Aktion zur Förderung der Toleranz initiierte der SPD-Ortsverein Wittenberg am 27. Oktober 2017. Gemeinsam mit der muslimischen Gemeinde vor Ort luden sie alle Interessierten zum „House of One" in die Parkanlagen ein. Das Gebäude steht dort als Ort der Ökumene und religiösen Vielfalt. Sowohl in deutscher als auch arabischer Sprache wurde das muslimische Freitagsgebet dargeboten. So konnten die etwa 70 Muslime ebenso wie weitere 40 Wittenberger Besucherinnen und Besucher einem jungen Imam bei den Gebeten folgen.
„Hass und Hetze haben keinen Platz in der Gesellschaft und haben noch nie dazu beigetragen, Konflikte zu lösen", erklärte Thomas Merten, SPD-Ortsvereinsvorsitzender. „Ein tolerantes und weltoffenes Wittenberg ist unser Ziel", ergänzte Henrike Heierberg, Juso-Kreisvorsitzende. Weltoffenheit darf nicht nur für Touristinnen und Touristen gelebt werden, sondern muss fest in der Gesellschaft verankert sein, sind sie sich einig.
Auch Oberbürgermeister Torsten Zugehör (parteilos) und Stadtkirchenpfarrer Johannes Block nahmen die Gelegenheit wahr, die Bedeutung des wohlwollenden und sich bereichernden Zusammenlebens zu betonen. Zum Zeichen der Vielfalt ließen alle Anwesenden im Anschluss 200 bunte Luftballons steigen.